



Amt / Abt.: 60/600  
Az.:  
Datum: 13.10.2015  
Drucksache: 1-071/2015  
TOP: ö 12

Vorlage für:  
Stadtrat

am:  
28.10.2015

nicht-öffentliche Sitzung

**Betreff:** Sachverhalt in der Anlage

Elektrifizierung Südbahn - Rückzahlung der Vorfinanzierungskosten der Vorplanung

**Beschluss-Vorschlag:**

Die Stadt Lindau verzichtet nicht auf die Rückzahlung der Vorfinanzierungskosten der Leistungsphase I und II nach HOAI in Höhe von ca. 47.220,00 Euro.

einmalig

laufend

Finanzielle Auswirkungen:

Mittel stehen zur Verfügung

Haushaltsstelle

  
Unterschrift

**1. Original-Ausfertigung zurück an federführendes Amt (Kopiervorlage)**

## Dem Stadtrat in seiner Sitzung am 28.10.2015 vorgelegt

Elektrifizierung Südbahn –Rückzahlung der Vorfinanzierungskosten der Vorplanung

### SACHVERHALT

#### 1.0 Vorgeschichte

Am 11.07.2006 ist die Stadt Lindau (B) mit Beschluss des Bau- und Umweltausschusses dem Interessenverband Südbahn beigetreten. Das Hauptziel dieses Verbandes besteht darin, die Elektrifizierung und den Ausbau der Südbahn Ulm-Friedrichshafen-Lindau voranzubringen.

Mitglieder des Interessenverbandes Südbahn sind Gemeinden und Städte entlang der Strecke, die Landkreise Alb-Donau-Kreis, Bodenseekreis, Biberach, Lindau und Ravensburg, die Industrie- und Handelskammern Ulm und Bodensee-Oberschwaben sowie die beiden Regionalverbände Donau-Iller und Bodensee-Oberschwaben. Um die Planung des Projektes voranzubringen hatte sich der Verband im Jahre 2007 bereiterklärt, die **Vorfinanzierung** der Grundlagenermittlung und der Vorplanung (Leistungsphasen 1 und 2 HOAI) zu übernehmen. **Die Stadt Lindau hat sich mit Stadtratsbeschluss vom 27.03.2007 an der Vorfinanzierung mit einem anteiligen Betrag von ca. 50.000 Euro beteiligt. Die Rückzahlung erfolgt nach Realisierung und Abrechnung des Projektes. Die Realisierung ist für 2020 geplant.**

#### 2.0 Aktueller Sachstand

Die Planung zur Elektrifizierung der Südbahn ist weit vorangeschritten. Die erforderlichen fünf Planfeststellungsbeschlüsse und der Nachweis der Wirtschaftlichkeit werden in den nächsten Monaten erwartet, sodass Bund, Land und DB AG voraussichtlich noch in diesem Jahr den notwendigen Finanzierungsvertrag unterschreiben können.

Bekanntlich ist das Projekt deutlich teurer geworden als ursprünglich geplant. Von zu Anfang 90 Millionen Euro auf eine Größenordnung von voraussichtlich 226 Millionen Euro. Davon wird Baden-Württemberg nach wiederholter Aussage der Landesregierung die Hälfte übernehmen.

In diesem Zusammenhang gab es in der Vergangenheit mehrere Vorstöße des Landes Baden-Württemberg wegen einer **Mitfinanzierung** der Planungskosten durch den Interessenverband Südbahn. Wichtig ist, dass es bis zum heutigen Tag zu keinem Vertragsabschluss bezüglich einer Mitfinanzierung zwischen dem Interessenverband und dem Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Baden-Württemberg gekommen ist. D. h. konkret, der Interessenverband hat bis zum heutigen Tag keinen einzigen Euro an das Land bezahlt und ist auch bisher keinerlei rechtliche Verpflichtung eingegangen, etwas zu *bezahlen*. Vor diesem Hintergrund ist der folgende Wunsch des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur Baden-Württemberg vom 16. September 2015 zu sehen und zu werten.

### 3.0 Anfrage des Landes Baden-Württemberg und der Geschäftsführung des Interessenverbandes Südbahn vom 25.09.2015

Das Land Baden-Württemberg äußert nun den Wunsch, dass der Interessenverband Südbahn auf die Rückerstattung der vorfinanzierten Planungskosten in Höhe von insgesamt 1.242.637,93 Euro zugunsten des Landes verzichtet. Der Interessenverband hat diesen Betrag gemäß Vertrag vom 18.02.2008 bezahlt („Finanzierungsvertrag zur Erstellung der Planung (HOAI-Leistungsphasen 1 und 2) für das Projekt „ Streckenelektrifizierung und Bahnstromversorgung“ der Strecke Ulm-Friedrichshafen-Lindau“).

Der Interessenverband tritt deshalb mit folgendem Anliegen an seine Mitglieder heran:

„Aus Sicht der Geschäftsführung und des Vorstandes des Interessenverbandes Südbahn wird empfohlen, diesem Anliegen des Landes Rechnung zu tragen und in Ihren Gremien eine entsprechende Beschlussfassung zum Verzicht auf die Rückzahlung des jeweiligen Betrages zu erwirken. Wir würden damit gegenüber dem Land Baden-Württemberg, das seinen Betrag ja auch freiwillig gegenüber dem Bund leistet, unseren guten Willen und die Mitverantwortung signalisieren und dies vor dem Hintergrund der laufenden Finanzierungsgespräche und dem hoffentlich zu erwartenden Abschluss des Finanzierungsvertrages bis gegen Ende des Jahres. Mit diesem Verzichtsvorschlag fordern wir gleichzeitig die Zusage des Landes, dass zukünftig keine weiteren Forderungen an die Mitglieder des Interessenverbandes gestellt werden.“

### 4.0 Beschlussempfehlung der Verwaltung

Die Finanzierung der Elektrifizierung der Südbahn von Ulm nach Lindau (B) ist eine Aufgabe der Bundesrepublik Deutschland. Die bayerischen Kommunen haben aus Solidarität mit den Städten und Gemeinden im benachbarten Baden-Württemberg und um einen Impuls für diese Maßnahme zu geben, die Vorfinanzierung der Planungskosten der Leistungsphasen I und II unterstützt. Die bayerischen Kommunen haben im Jahr 2012 bereits Finanzierungsbeiträge für die Planungsphasen III und IV abgelehnt mit dem Hinweis, dass in Bayern andere Regelungen für die Finanzierung von Schienenverkehrsprojekten in Bundesverantwortung gelten. Zudem werden die württembergischen Gemeinden auch nicht zur Finanzierung der Elektrifizierung der Allgäubahn von Lindau bis Memmingen herangezogen. Der Landkreis Lindau (B) würde zudem einen Bezugsfall für vergleichbare Baumaßnahmen an anderen wichtigen Bahnstrecken im Kreisgebiet schaffen.

Ein Verzicht auf die Rückzahlung der anteiligen Vorfinanzierungskosten in Höhe von ca. 47.220,00 Euro (3,8% aus 1.242.637,93 Euro) wird deshalb abgelehnt.

Gleichwohl sagen wir auch weiterhin die Unterstützung der Stadt Lindau für das generelle Anliegen einer zeitnahen Elektrifizierung der Südbahn.

### BESCHLUSSVORSCHLAG

Die Stadt Lindau verzichtet **nicht** auf die Rückzahlung der Vorfinanzierungskosten der Leistungsphase I und II nach HOAI in Höhe von ca. 47.220,00 Euro.

  
Georg Speth  
Stadtpaudirektor